



Prof. Dr. Barbara Riedmüller
Freie Universität Berlin

Ungleichheitsfolgen privater Alterssicherung in Europa. Ergebnisse eines EU-Projektes

**Vortrag auf der Konferenz Einkommenssicherung im Alter als
globale Herausforderung**

Berlin, 10./11. Dezember 2009

Gliederung

1. Zusammenfassung der Ergebnisse des EU-Projekts
„Private Pensions versus Social Inclusion?“
2. Grundsicherung als Armutsvermeidung –
Eine Alternative für den Niedriglohnsektor?
3. Altersarmut von Frauen
4. Ein Fazit

1. Zusammenfassung der Ergebnisse des EU-Projekts „*Private Pensions versus Social Inclusion?*“

Untersuchte Länder:

- Deutschland
- Niederlande
- Großbritannien
- Schweiz
- Polen

Fragestellung des Projektes:

Wie wirken sich die Rentenreformen
auf die künftigen Rentenhöhen aus?

Kann die private Alterssicherung
Durchschnitts- und Geringverdiener
vor sozialer Ausgrenzung schützen?

1. Zusammenfassung der Ergebnisse des EU-Projekts „Private Pensions versus Social Inclusion?“

Angewandte Methode

Abb. 1: Zehn Biografien

	Lfd. Nr.	Branche	Lebens-Eink. *	Besonderheiten
Gering qualif. Teilzeiterwerbstätige	1	Einzelhandel	38%	Teilzeit, 2 Kinder
Mittel qualif. Teilzeiterwerbstätige	2	Öff. Dienst	62%	Teilzeit, mit 42 Jahren Wechsel zu Vollzeit, 2 Kinder, allein erziehend
Hausfrau	3a		13%	3 Kinder, Pflegephase, geringfügiges Beschäftigungsverhältnis
	3b	Nahrungsmittel	32%	+ Scheidung und anschließende versicherte Tätigkeit mit 47 Jahren
Gering qualif. Arbeiter	4a	Automobil	81%	
	4b		60%	Langzeit – Arbeitslosigkeit im Alter
Mittel qualif. mit Erwerbsunterbrechungen und Selbstständigkeit	5	Bau	104%	Arbeitslosigkeit, Training und Selbstständigkeit ab Alter 34
Familien-Unternehmer	6	-	89%	Nach kurzer Zeit Selbst.
Mittel qualif. Arbeiter	7	Chemie	121%	2 Scheidungen nach Versorger-Ehe
Mittlerer Manager	8	Finanzdienstl.	137%	
Migrant	9	Elektro	64%	Migration mit Alter 36 In dieser Zeit Verdienst von 60% bis 85%
Eckrentner	10	-	72%	45 Jahre erwerbstätig mit dem Durchschnittseink. aller GRV-Versicherten, 4% Eigenvorsorge

* In Relation zum Durchschnittsverdienst eines Vollzeiterwerbstätigen in der Privatwirtschaft über 47 Jahre (von 18-65)

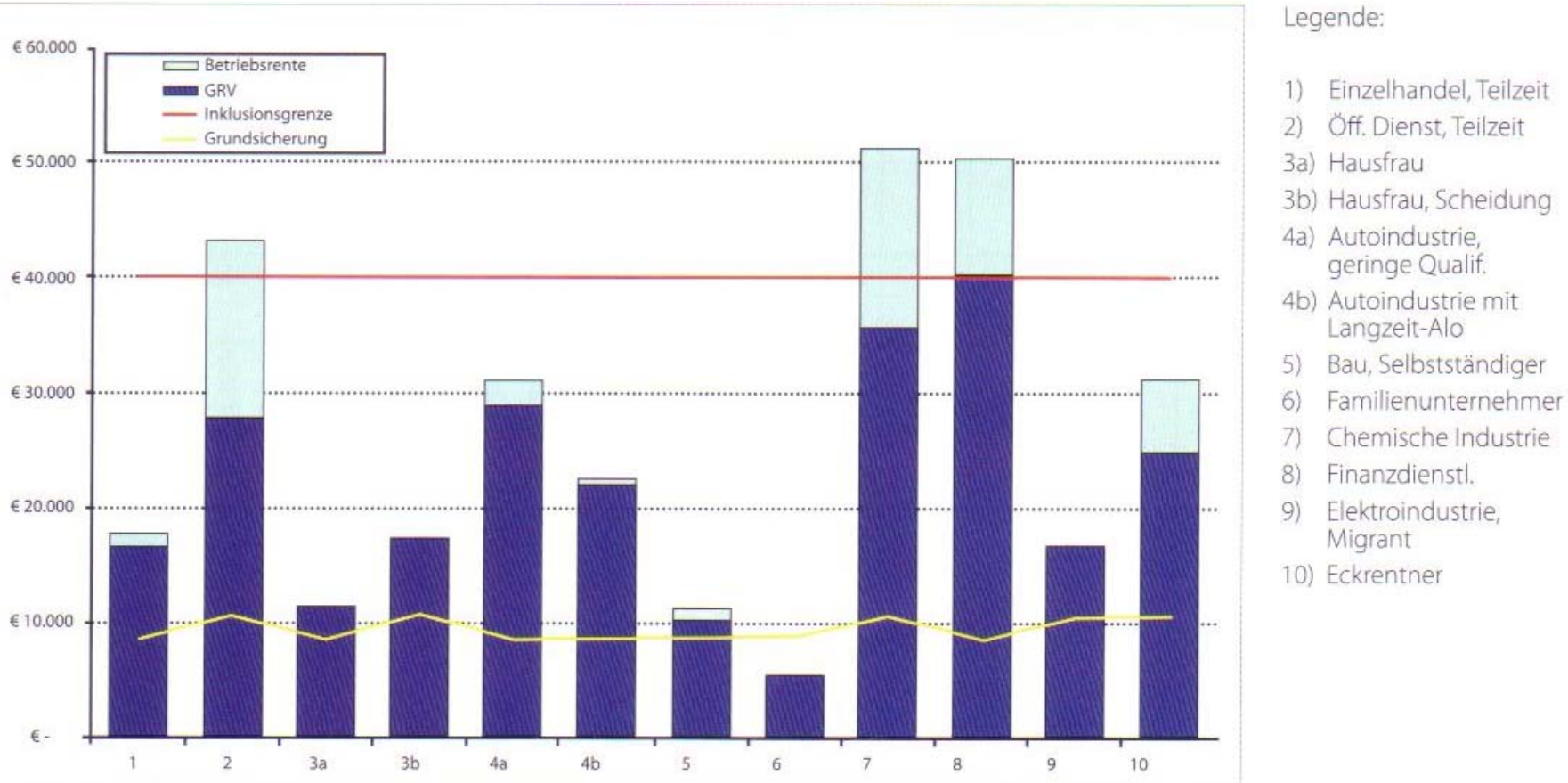
Quelle: Riedmüller/Willert 2005: 9.



1. Zusammenfassung der Ergebnisse des EU-Projekts „Private Pensions versus Social Inclusion?“

Inklusionsgrenze/ Schutz vor Armut durch private Vorsorge?

Abb. 2: Simulierte Brutto-Jahresrenten der Biographien im Jahr 2050 (inflationbereinigt)

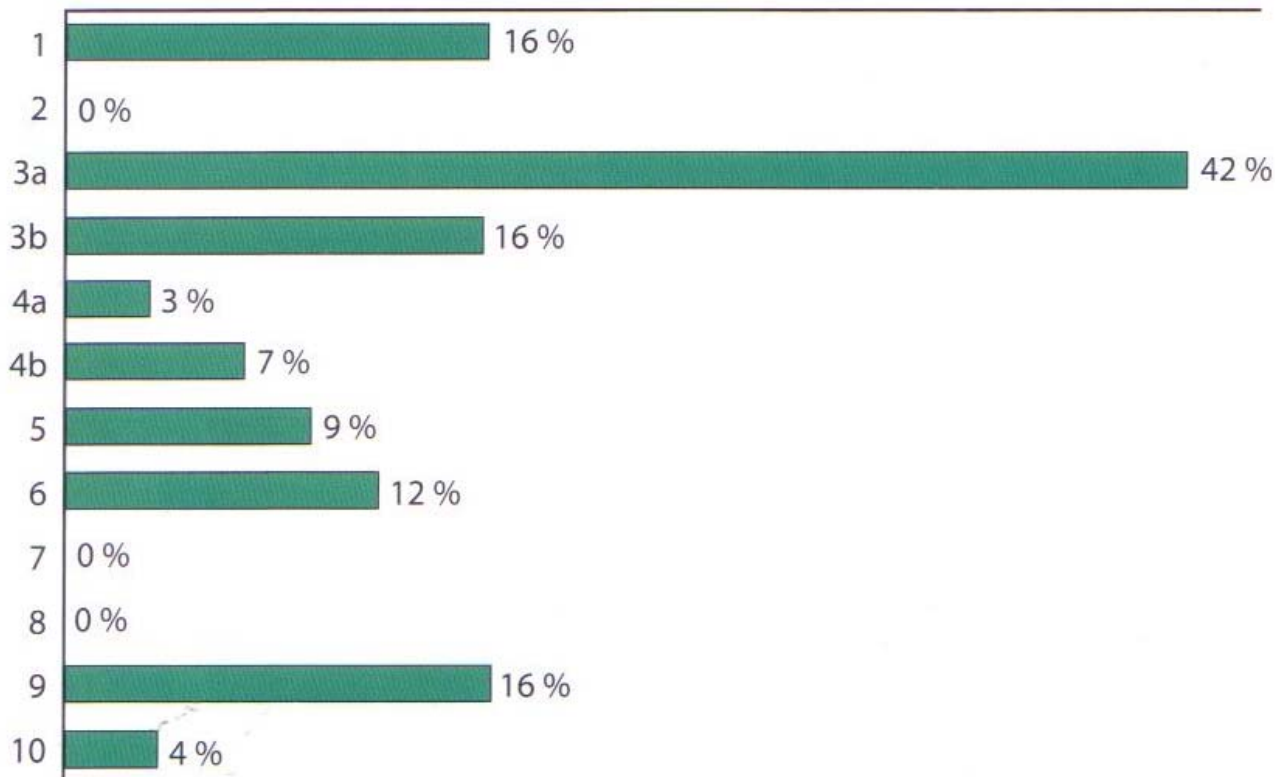


Quelle: Riedmüller/Willert 2005: 10.

1. Zusammenfassung der Ergebnisse des EU-Projekts „Private Pensions versus Social Inclusion?“

Ergebnisse für Deutschland

Abb. 3: Nötige jährliche Sparleistung zum Erreichen der Inklusionsgrenze, in Prozent des Bruttoeinkommens



Legende:

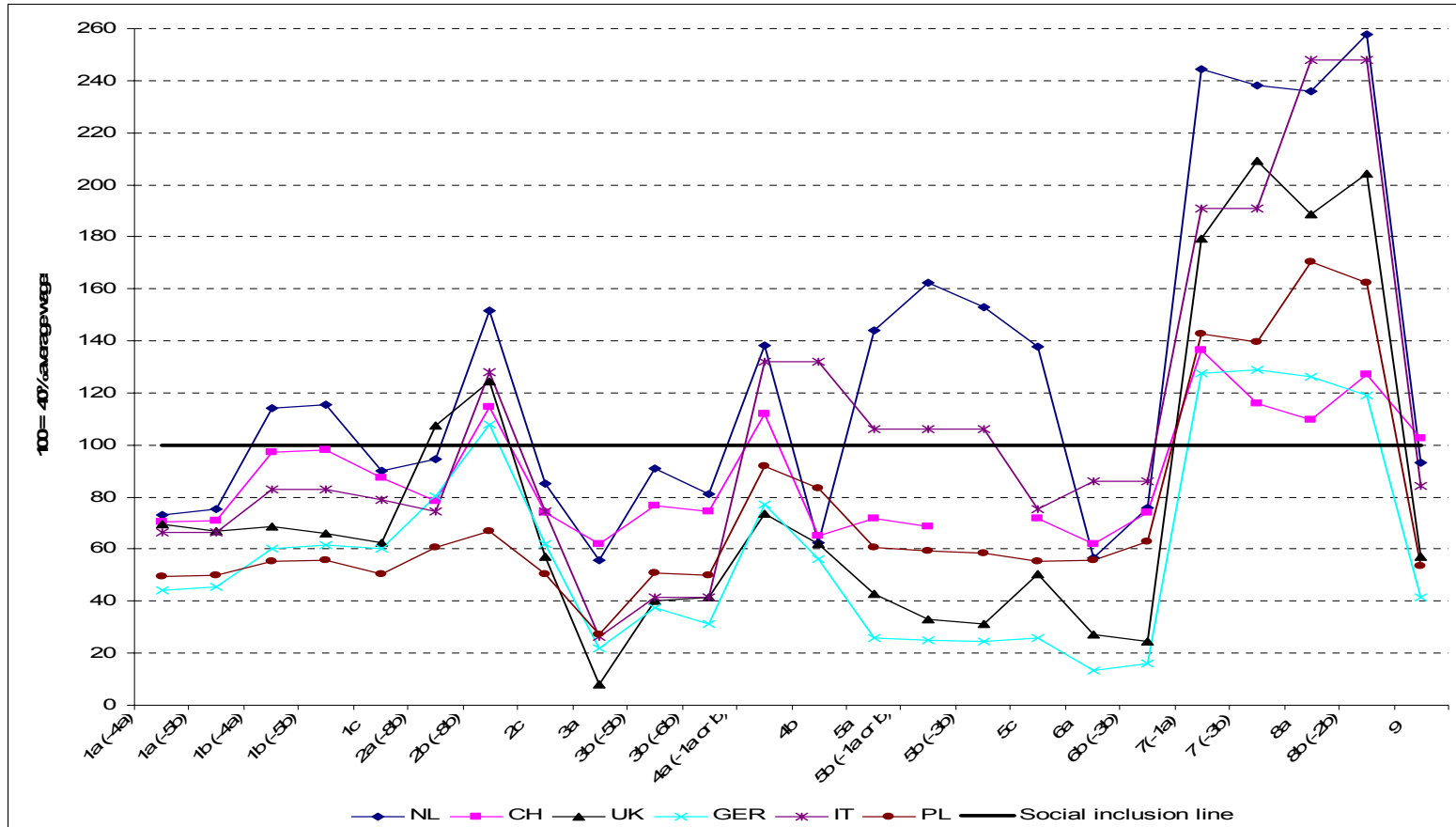
- 1) Einzelhandel, Teilzeit
- 2) Öff. Dienst, Teilzeit
- 3a) Hausfrau
- 3b) Hausfrau, Scheidung
- 4a) Autoindustrie, geringe Qualif.
- 4b) Autoindustrie mit Langzeit-Alo
- 5) Bau, Selbstständiger
- 6) Familienunternehmer
- 7) Chemische Industrie
- 8) Finanzdienstl.
- 9) Elektroindustrie, Migrant
- 10) Eckrentner

Quelle: Riedmüller/Willert 2005: 12.

1. Zusammenfassung der Ergebnisse des EU-Projekts „Private Pensions versus Social Inclusion?“

Ergebnisse für die untersuchten Länder

Abb. 4: Projected pension levels from first and second pillar of all individuals as percentage of social inclusion line, 2050



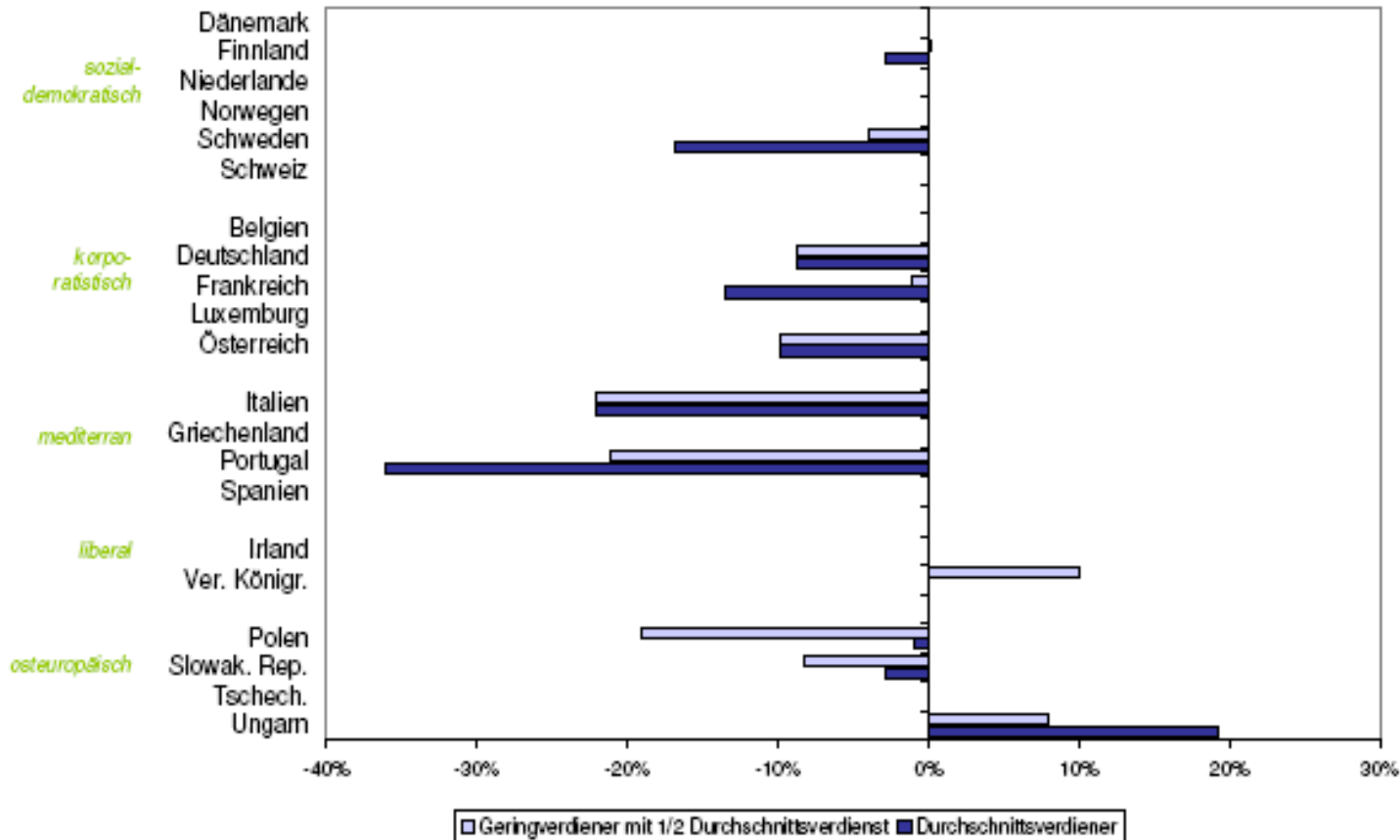
Note: Data for the Swiss bio 5b-3b is not available.

Quelle: Meyer/Bridgen/Riedmüller (2007: 227)

2. Grundsicherung als Armutsvermeidung – Eine Alternative für den Niedriglohnsektor?

Abb. 5: Auswirkungen der Rentenreformen auf Bruttoersatzquoten von Gering- und Durchschnittsverdienern, in %-Punkten

Auswirkungen der Rentenreformen auf die Bruttoersatzrate



Quelle: eigene Berechnungen nach OECD (2007).

2. Grundsicherung als Armutsvermeidung – Eine Alternative für den Niedriglohnsektor?

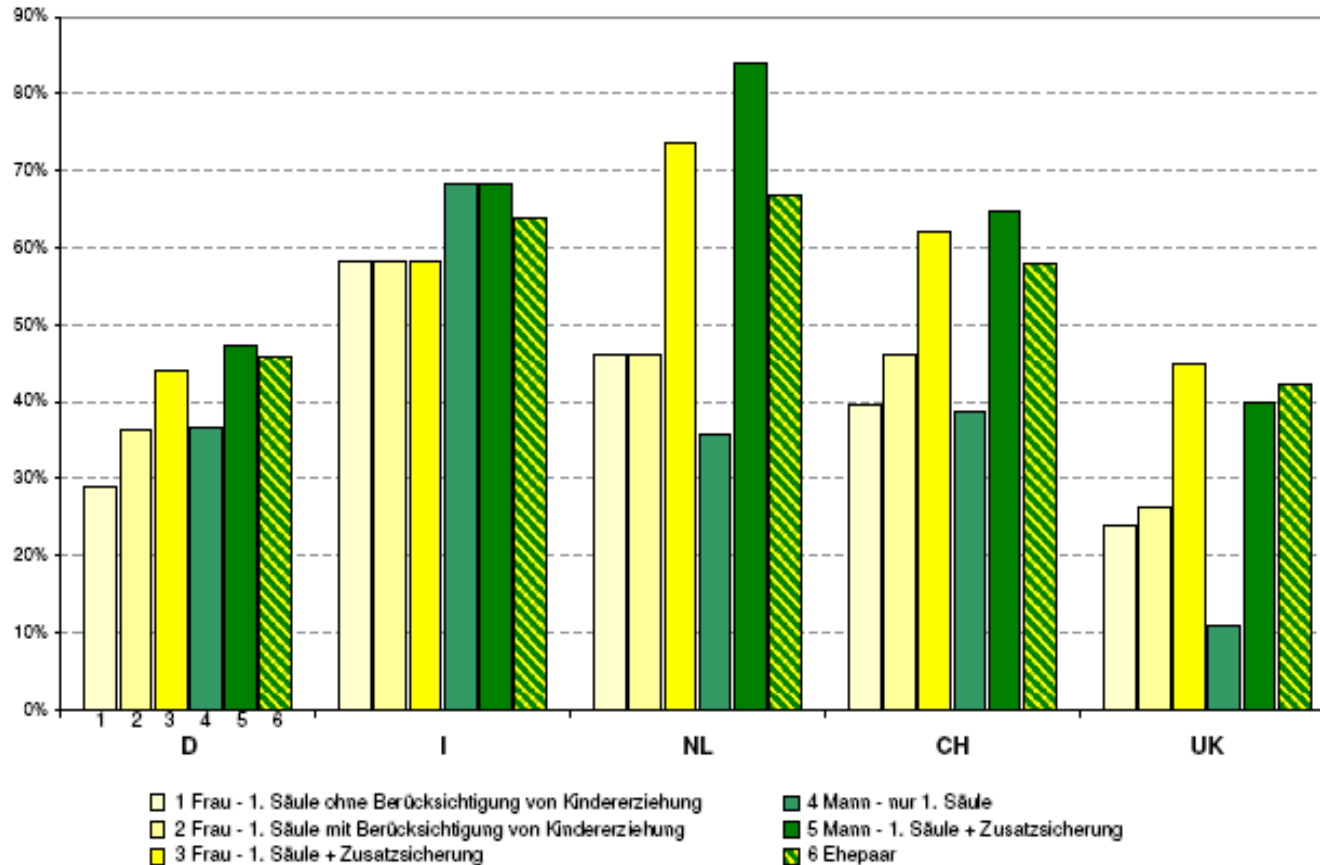
Abb. 6: Strategien gegen Altersarmut an Beispielen

Länder	Bedürftigkeits-abhängige Leistungen	Grundrente bzw. Mindestsicherung	Einkommens-bezogene Systeme (gesetzl./allg.) Regelungen für Geringverdiener	Einkommens-bezogene Systeme (gesetzl./allg.) Ausgleich von Einkommens-Ausfällen	Betriebsrenten/ Zusatzsysteme Obligatorisch oder freiwillig? Beitrags- oder Leistungsprimat?
Deutschland	Grundsicherung	Keine gesetzliche Mindestrente		- Kindererziehungszeiten - Arbeitslosigkeit - Teilzeit	freiwillig betrieblich, 57% der Arbeitnehmer Beitragsatz 2-4 %
Niederlande	Sozialhilfesystem f. ältere Menschen	Grundsicherung (AOW)			quasi-obligatorisch freiwillig betriebl. Defined Benefit
Schweiz	Einkommensabhängige Ergänzungsleistungen in Höhe von 24% des Durchschnittsverdienst	Mindestrente im verdienstabhängigen System	Versicherung i.d. obligatorischen Mindestvorsorge ab einem Lohn v. CHF 19.890	Kindererziehungszeiten, Realsplitting: Beitr. durch Ehepartner, bei KEZ, ALO usw.	obligatorisch betriebl., > 90% der Arbeitnehmer, Beitragsatz 7–8%
UK	Pension Credit	Basic Pension: Mindestrente	State Second Pension (S2P)	State Second Pension: Kindererziehungszeiten, Pflege	freiwillig betrieblich Defined Benefit, Defined Contrib., Opting out

Quelle: für Leistungsbeträge in europäischen Ländern vgl. Missoc, Stand Juli 2008; OECD (2007), Europäische Kommission (2008), Europäische Kommission (2006), Czech Republic (2005), Hungary (2005), Fenge (2003).

3. Altersarmut von Frauen

Abb. 7: Individuelle und gemeinsame Lohnersatzraten der Beispielbiographien in Deutschland, Italien, den Niederlanden, der Schweiz und Großbritannien



Quelle: eigene Berechnungen nach Meyer u.a. (2007); Annahmen: Reales Lohnwachstum von 2,0 % p.a., Real-Verzinsung von Anlagen in der privaten Alterssicherung, soweit keine anderen Regelungen existieren 4,0% p.a., Inflation 1,9% p.a.

4. Ein Fazit

Ein Vergleich auf europäischer Ebene zeigt, dass bei steigender Tendenz des Niedriglohnsektors der Bedarf an einer staatlichen Kompensation zur Armutsvermeidung steigt.

Länder mit einem hohen Einkommenssockel als Basissicherung liegen im Alterseinkommen vorne. Der Bedarf an Umverteilung im Rentensystem steigt mit zunehmendem Armutsrisiko, was in den meisten Ländern wenig populär sein dürfte.

Zusatzversorgungen werden wichtiger. Der hohe Bedarf an individueller Vorsorge ist auch bei staatlicher Förderung für die Personengruppe des Niedriglohnsektors nicht realisierbar. Dies zeigt das britische Beispiel einer zu hohen, notwendigen Sparquote.